

Gauting, den 06.03.2015

## **Kurzrapport und Eindrücke der 54. Session der Kommission für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (OHCHR) in Genf am 23. und 24. Februar 2015**

Heute, am 06. März 2015 veröffentlichte die OHCHR ihre [Stellungnahme](#) zur 54. Session zur Besprechung der Lage der Menschenrechte, diesmal standen die Länder Paraguay, Gambia und Tadjikistan zur Diskussion. Christiane Lüst von der Aktion GEN-Klage legte in diesem Rahmen einen [Parallelbericht](#) vor, welchen sie am 23. Februar persönlich in Genf präsentierte. Dieses Dokument macht auf die Menschenrechtsverstöße in Paraguay aufmerksam, die im Kontext der expandierenden Soja-Monokulturen von Großgrundbesitzern in Erscheinung treten und die Rechte kleinbäuerlicher und ländlicher Familien degradieren.

Am Folgetag, dem 24. Februar präsentierten sich 22 Vertreter der unterschiedlichen paraguayischen Ministerien um vor der Hohen Kommission der OHCHR Stellung zu der durch die UNO im Vorfeld angeprangerten Menschenrechtsthematiken zu nehmen. Unter anderen präsentierten sich Vertreter der Ministerien für Frauenrecht, Arbeits-, Beschäftigungs-, und Sozialrecht, Kinder-, und Jugendrechte, Bildung und Kultur, Außenbeziehungen und Vertreter des Nationalen Instituts für Indigene Völker. An der Sitzung nahm kein Angeordneter des Ministeriums für Agrarkultur und Viehzucht teil.

### **Stellungnahme der Paraguayanischen Delegation**

Für Aktion GEN-Klage sind vor allem zwei Aspekte der Sitzung in Genf von besonderem Interesse. Erstens, wird das Ziel angestrebt, dass die OHCHR die Besorgnis um die expandierende Gensoja-Monokulturen und Nutzung von Pestiziden im Land aufgreift und lösungsorientierte Handlungsempfehlungen an die paraguayische Regierung weitergibt. In diesem Zusammenhang wird durch den von Christiane Lüst vorgelegten Bericht öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt und das Thema „Genmanipulation und Giftstoffeinsatz in der Landwirtschaft“ auf die internationale politische Bühne gestellt. Zweitens, ist für die umwelt- und agrarpolitische Zukunft Paraguays, sowie für die Menschenrechtslage seiner Bevölkerung von Bedeutung, wie die geäußerte Kritik angenommen und idealerweise gefolgt von Gegenmaßnahmen aufgegriffen wird. Aus diesen Gründen interessiert sich Aktion GEN-Klage dafür, inwiefern die OHCHR Abgeordneten den vorgelegten Parallelbericht zur Lage der Menschenrechte in Paraguay berücksichtigt sowie die Reaktion der paraguayischen Delegation auf geäußerte Besorgnis.

## **Die Crux der Landkonzentration: „Die expandierende Sojaindustrie ist eine Folge von Landflucht bäuerlicher Familien“ oder „Entvölkerung des ländlichen Raums als Konsequenz der Sojamonokultur“?**

Auf Betroffenenberichten und Literaturrecherche basierend belegt der von Christiane Lüst vorgelegte Parallelbericht, dass die Problematik der Landkonzentration in den Händen weniger Großgrundbesitzer und die Vertreibung kleinbäuerlicher Landwirte ein großes Problem für die ländliche Existenzgrundlage und Ernährungssouveränität darstellt und durch den unreflektierten Einsatz von Pestiziden und flächendeckender Monokulturen das Ökosystem und die menschliche Gesundheit degradiert wird. Sozialpolitischer Widerstand betroffener Kleinbauern wird dabei oft gewaltreich zerschlagen. Kleinbauern werden von ihren Ländereien vertrieben. Die Regierung und Agrarmultis rechtfertigen dies nicht nur aber auch basierend auf der Grundlage fehlender oder nicht zureichend geklärter Landtitel und Eigentumsrechte. Soviel zur Ausgangslage.

Während der Sitzung am 23. Und 24. Februar wurde dieses Konfliktszenario besorgt und ernsthaft von den UN-Abgeordneten aufgegriffen. Auch der UN Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessene Ernährung Olivier de Schutter bemängelte, dass nur Haiti auf dem amerikanischen Kontinent im Durchschnitt über den Werten von Paraguay liegt, wenn es um die Unterernährung der Bevölkerung geht. Er forderte Aufklärung und die Bereitstellung aktuellerer Zahlen zum Thema Ernährungssicherheit und zur Lage lokaler und kleinbäuerlicher Produktion, welche in dem von Paraguay vorgelegten Bericht seiner Meinung nach nicht zufriedenstellend dargelegt wurden. Hohe Armutswerte unter der ländlichen und besonders auch indigenen Bevölkerung besorgte die UN Kommission besonders.

Seit einigen Jahren werden die Rechte indigener Völker stark diskutiert und auf dem ganzen Lateinamerikanischen Kontinent zeichneten sich Programme zum Schutz ihrer Menschenwürde, Selbstbestimmungsrechte und Inklusionsbemühungen von Seiten der Regierungen ab. Auch Paraguay machte diesbezüglich Fortschritte und Institutionen wie beispielsweise INDI (Instituto Paraguayo del Indígena) bemühen sich um die Verbesserung der Lebenslage dieser Bevölkerungsgruppen durch Projekte die ambulante Gesundheitsversorgung oder technologische Unterstützung für Trinkwasserzugänge in abgeschiedene Regionen bringt. Des Weiteren gibt es seit kurzem Bemühungen eine juristische Grundlage für Land- und Ressourcennutzung zu etablieren, die der indigenen Bevölkerung ihr Existenzrecht auf ihren alten Territorien wiedergibt. Nichts desto Trotz gibt es Grauzonen. Von Seiten der UN Kommission wurde die Frage gestellt, wie mit bäuerlichen Familien und ihrem legalen Zugang zu Land umgegangen wird, die keiner indigenen Bevölkerungsgruppe angehören. Aus unserer Sicht ein wertvoller Beitrag, da auch Paraguay eine hohe kulturelle Heterogenität aufweist und nicht alle bäuerlichen Familien die der ärmeren Bevölkerungsschicht angehören, eine indigene Abstammung vorweisen können. Die Delegation aus Paraguay überhörte diese Frage und gab keine Antwort diesbezüglich.

Demnach folgend stellte ein UN Abgeordneter die Frage nach der expandierenden Sojaindustrie und Landkonzentration. Die Frage wurde vom Sozialministerium (Secretaría de Acción Social) aufgegriffen. Es stimme, „die Expansion der Sojaindustrie ist eine Realität in unserem Land, ohne Zweifel“ und könne auch auf eine historisch bedingte Diskriminierung der familiären Landwirtschaft zurückgeführt werden, so der Minister. Er räumte auch ein, dass in den letzten 10 Jahren Raubbau an

der Natur betrieben wurde und dass die paraguayische Regierung mit einer historisch bedingten "Fragilität öffentlicher Institutionen" zu kämpfen hatte und hat, die diese Probleme von jeher begünstigten. In seinen Ausführungen räumte er weiter ein, dass der Druck auf Land und Ökosystem ein Problem darstelle und dass die Existenzgrundlage kleinerer und mittlerer Landwirte ein wichtiges Thema auf der nationalen politischen Agenda seien. Diese schlüssige Argumentationsschiene machte jedoch jählings einen Schlenker, als der Minister weiter folgerte: „die Sojaindustrie nimmt Raum ein, weil kleinbäuerliche Familien in die Städte abwandern“. Die territorialen Machtdynamiken, welche durch zahlreiche Erfahrungsberichte vertriebener Familien an die Öffentlichkeit gelangten, scheinen diesem Minister bewusst oder unbewusst nicht bekannt zu sein.

Auf die Frage, wie sich Paraguay dazu positioniere, dass viele der Großgrundbesitzer im Sojageschäft ausländischen (oft brasilianischen) Firmen angehören antwortete er: „Paraguay ist ein offenes Land und ausländische Kapitalinvestitionen sind wichtig für uns. Es ist wichtig das Landproblem nicht mit einem Kulturproblem zu verbinden“.

So kann man das ausdrücken. Wir finden jedoch eher, dass diese Antwort deutlich macht wie vorsichtig sich Paraguay positionieren muss um internationalem Druck standzuhalten. Seine Antwort, ist keine Antwort um der Lösung des Konkurrenzkampfes zwischen lokaler Ernährungssouveränität und nationalem Wirtschaftswachstum aus Fremdkapital genährt, näher zu kommen. Es ist eine Antwort die belegt: Die Problematik bleibt komplex.